

Krach um Brokdorf: Habeck legt sich mit Betreiber an

Atomkraftwerk kommt nicht ans Netz – Umweltminister stoppt Pläne für neuen Reaktorkern

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL. Riesenkrach um einen neuen Reaktorkern: Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck (Grüne) hat Preussen-Elektra am Dienstag vorerst untersagt, das Atomkraftwerk Brokdorf neu zu beladen. Zuvor müssten die Ursachen geklärt sein, warum im Februar bei einer Jahresrevision an Brennstäben Rost festgestellt wurde.

Der Minister hatte am Nachmittag kurzfristig zur Pressekonferenz eingeladen. „Ich muss unterstellen, dass Preussen-Elektra den Konflikt an dieser Stelle sucht“, sagte er ungewöhnlich scharf. Am späten Montagabend habe das Energieunternehmen der Atomaufsicht schriftlich mitgeteilt, dass man den Kern des Atomkraftwerks Brokdorf am Mittwoch neu beladen werde. Es sei weder um den Wunsch noch um eine Frage gegangen, sondern um eine schlichte Ankündigung. „Das kennen wir so nicht“, sagte Atomaufsichtschef Jan Backmann sichtlich irritiert. „Und das halten wir auch nicht für zielführend. Es fördert nicht das Miteinander.“

Nach Angaben von Preussen-Elektra-Geschäftsführer Erwin Fischer soll das AKW schnell wieder ans Netz gehen. Der Meiler sei „in vollständig bestimmungsgemäßem Zustand“ und nach Abschluss anstehender Arbeiten in etwa zwei Wochen zum Wiederanfahren bereit.

Das allerdings bewerten die Landesbehörden ganz anders.

„Für die Zukunft muss ausgeschlossen sein, dass sich erneut Oxidschichten bilden, die den Grenzwert überschreiten“, sagte Backmann. „Dafür ist ein Verständnis der Ursachen erforderlich.“ Man benötige belastbare Prognosen für die Zukunft. Habeck konstatierte: „Leider ist Preussen-Elektra dem bislang nicht vollständig nachgekommen.“

Der Betreiber hatte informiert, dass „nur eine einzige Charge von Brennelementen im Kernkraftwerk Brokdorf“ vom Rost betroffen sei und man für den anstehenden Betrieb keines der betroffenen Brennelemente einsetzen werde. Der Umweltminister konnte diese Angaben nicht bestätigen. In Brokdorf seien Brennstäbe aus

„mindestens zwei Chargen“ betroffen. Zudem hätten bisher nur Stichproben stattgefunden, und darüber hinaus wäre dadurch nicht zu erklären, warum die Oxidation auch an anderen Standorten auftrat.

„Wir haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Zusammenstellung eines neuen Kerns zu prüfen, und zwar in allen Lastsituationen des

Atomkraftwerks“, sagte Habeck. Preussen-Elektra versuche offenkundig, ihn zu treiben. Das werde er auf keinen Fall zulassen, sondern im Sinne üblichen Verwaltungshandelns „jeden Vorgang sauber prüfen“. Die Vorschriften seien absolut einzuhalten: Eine Zustimmung zum Wiederanfahren des Kernkraftwerks sei erst dann möglich, wenn ausgeschlossen werden kann, dass sich das Problem an anderen Brennstäben wiederholt. Nach der Betriebsgenehmigung sei der Aufsichtsbehörde eine neue Kernbeladung drei Monate vorher anzuzeigen. „Die beabsichtigte Kernbeladung ist daher nach Auffassung der Aufsichtsbehörde unzulässig.“

„Ich muss unterstellen, dass Preussen-Elektra den Konflikt sucht.“

Robert Habeck,
Energieminister (Grüne)